Thema: attac,

URL: http://www.orf.at/stories/2152075/

Breite Forderungsfront für Vermögenssteuern

Die im Sozialbericht zutage geförderten Daten haben heute eine ganze Reihe von Reaktionen und politischen Forderungen ausgelöst. Insbesondere die ungleiche Verteilung des Vermögens in Österreich führte zu einer breiten Front an Forderungen für mehr vermögensbezogene Steuern.

Caritas-Präsident Franz Küberl tritt für einen „gerechten Beitrag aus den Vermögenszuwächsen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben“ ein. Das müsse einhergehen mit einer Entlastung des Faktors Arbeit. „Es muss mehr Netto vom Brutto übrig bleiben.“

Arbeit entlasten, Vermögen besteuern

Eine steuerliche Umverteilung des Reichtums durch progressive Erbschafts- und Vermögenssteuern mit einem Freibetrag von 500.000 Euro fordert die kapitalismuskritische Plattform ATTAC. Außerdem sollten Kapitaleinkommen (Dividenden, Zinserträge, Kursgewinne) unter die Einkommenssteuer fallen und progressiv besteuert werden.

Eine Steuerstrukurrefom, die Arbeit entlastet und große Vermögen und Erbschaften besteuert, fordert auch der ÖGB. Denn derzeit sorgen die Arbeitnehmer mit Lohn- und Mehrwertsteuer für rund zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens, argumentierte der Leitende Sekretär Bernhard Achitz.

Auch die Arbeiterkammer bekräftigte ihre Forderung nach einer Vermögenssteuer. Mit diesem Geld könne in wichtige Maßnahmen wie den Ausbau der Kindergärten, Ganztagsschulen und Pflegedienste investiert werden, meinte AK-Präsident Herbert Tumpel in einer Aussendung.

Um den Wohlfahrtsstaat nachhaltig zu finanzieren, hält auch Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) eine stärker Besteuerung von Vermögen für nötig. Konkret erneuerte er die SPÖ-Forderung zur Einführung einer Vermögenssteuer für Vermögen ab einer Million Euro.

20.11.2012

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 20.11.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at